# Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland : Wege zum Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie

Autor(en): **Hauff, Volker**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340010

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

Synthese muss sein: Neuformierung der revolutionären Weltbewegung auf der höheren Ebene der Gleichberechtigung vieler herrschender sozialistischer Parteien, Nicht-Einmischung in die Entscheidungen jeder Partei, Solidarität nur auf Gegenseitigkeit; Polyzentrismus — Nebeneinander mehrerer gleichberechtigter kommunistischer Kraftzentren.
Die Enttäuschung über den regierenden Marxismus ist zum Teil Folge der eigenen, liebgewordenen Selbsttäuschung und nur zum Teil Folge der dortigen Informationspolitik. Bei etwas mehr Bereitschaft, die historischen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, hätten z.B. die Maoisten ihre Selbsttäuschung über die Kulturrevolution und die folgende Enttäuschung bei der notwendigen Entmaoisierung vermeiden können.
Eine der grossen, nur kollektiv zu lösenden Aufgaben des Marxismus in der nächsten Zukunft wird es sein, Axiome, Prinzipien und Programme kritisch zu überprüfen und Zwecktheorien regierender Parteien als solche zu erkennen, das Allgemeingültige vom Spezifischen zu trennen.
Reformen sind dringend notwendig in der sozialistischen Bewegung der kapitalistischen Industrieländer und in den sozialistischen Ländern. Ich halte sie für reformfähig, und ich sehe in einem erneuerten Marxismus die wirksamsten Analyseinstrumente, mit denen eine erfolgreiche Therapie erarbeitet werden kann.

*Anmerkungen*

[1] Zitiert nach Grebing, Helga (1977), Der Revisionismus — von Bernstein bis zum «Prager Frühling». München, S.244
[2] Bergmann, Theodor (1982), Von der Verfemung und Liquidierung zur Rehabilitierung — Liu Shaoqis Schicksal im Kontext der politischen Entwicklung Chinas. In: Bergmann, Th., U. Menzel und U. Menzel-Fischer (Hg.), Liu Shaoqi — Ausgewählte Schriften und Materialien, I. u. II. Stuttgart, II, S.305-336.

*Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*

# Wege zum Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie

*Von Volker Hauff*

*Der Diplomvolkswirt Volker Hauff, 1940 geboren, ist schon in jungen Jahren Minister geworden. 1978 bis 1980 war er im Kabinett Schmidt Bundesminister für Forschung und Technologie und von 1980 bis 1982 Bundesminister für Verkehr. Hauff, der dem Bundestag seit 1969 angehört, ist Vorsitzender der Kommission «Umweltschutz und Ökologie» des SPD-Parteivorstandes. Volker Hauff war Gast der SPS am Parteitag in Lugano 1982.*

Mir ist in den letzten Monaten aufgefallen, dass in keinem anderen Land der Welt der beunruhigende Umweltbericht «Global 2000» eine solche Auflage und öffentliche Beachtung gefunden hat wie in der Bundesrepublik. Diese Tatsache steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zu der Behandlung des Themas Ökonomie und Ökologie durch die politischen Parteien. Die CDU/CSU hält das Ganze für ein Thema, das die Marktwirtschaft schon lösen wird. Die Grünen behandeln das Thema mit dem Monopolanspruch, als einzige die wesentlichen Probleme erkannt zu haben, und freuen sich oft über ihre schönen und naiven Antworten. Und der SPD gelang es in der Regierungsverantwortung viel zu wenig, sich auch die Vitalität in der Auseinandersetzung mit neuen Fragen zu erhalten.
Diese Situation ist sicher auch Folge und Ausdruck der politischen Kultur in der Bundesrepublik. Aber ich will mich damit nicht abfinden. Es ist an der Zeit, sich an die programmatische Arbeit zu machen.

Kein ernsthafter Mensch kann bezweifeln, dass die Industriegesellschaften in einer ökologischen Krise stecken. Die Wachstumswirtschaft der Industrieländer in Ost und West behandelt die natürlichen Lebensgrundlagen als fast beliebig belastbar, obwohl die Grenzen des Erträglichen oft überschritten werden. Vergiftete Fische, Seveso, Harrisburg, Tankerunfälle, mit Blei vergiftete Kinderspielplätze, das Sterben der Wälder, die Verkarstung ehemals fruchtbarer Landschaften — dies sind nur einige Stichworte für die besorgniserregende Ausbeutung der Natur durch den Menschen. Die Folgen für das Leben: Schon heute steigt

in den wohlhabenden Industrieländern die Lebenserwartung der Erwachsenen nicht mehr, die Zahl der Krebserkrankungen, vor allem bei Kindern, erhöht sich laufend, und die Zahl der Tier- und Pflanzenarten, die noch überleben können, wird ständig kleiner. Kommt es nicht zu einer deutlichen Kurskorrektur, so werden die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zerstört. Um es mit einem Wort von Jochen Vogel zu sagen: Der «Friede mit der Natur» ist bedroht.

In dieser Situation fliehen die Konservativen aus der Komplexität. Sie suchen Zuflucht bei einfachen Antworten: Die Ökonomie sei in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit das Wichtigere, und deswegen müsse der Umweltschutz in den Hintergrund treten. Weniger Staat, weniger Vorschriften, weniger Umweltschutz und mehr freie Entfaltung der Wirtschaft sei das Gebot der Stunde; Arbeitsplätze sind wichtiger als Ökologie. Oder wie es Innenminister Zimmermann etwas verschleiert formuliert hat: «Nur eine funktionierende Ökonomie macht Ökologie überhaupt möglich.» Die Konsequenz ist klar: Alles, was wirtschaftlichen Interessen nutzt, ist gut. Alles, was wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft, ist schlecht.

Auf der anderen Seite stehen die dogmatischen Ökologen mit ihrer Forderung: «Ökologie hat Vorrang vor Ökonomie.» Bei den Überlebensfragen der Menschheit darf es — so wird argumentiert — keine Kompromisse geben. Jedenfalls nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Rudolf Bahro und seine Öko-Sozialisten gehen sogar soweit, ernsthaft zu behaupten, es müsse, was die Arbeitslosigkeit angeht, noch viel schlimmer kommen, damit die Wende zum Besseren, zum Öko-Sozialismus sich durchsetzen lässt.

Beide Antworten — die konservative und die öko-sozialistische — verkennen die Komplexität des Problems und kommen deswegen zu einem falschen Ergebnis. Ihre Vorschläge führen in eine Sackgasse. Es bleibt richtig, was Helmut Schmidt 1980 in seiner Regierungserklärung gesagt hat: «Ökonomen und Ökologen sollten sich jetzt in der Zielsetzung einigen: eine Produktion anzustreben, die mit Rohstoffen und Energien sparsam umgeht und welche die Umwelt möglichst wenig belastet. Wir brauchen zugleich neue Arbeitsplätze und zugleich Schutz für unsere Umwelt. Wir brauchen beides.» Für Sozialdemokraten sind Ökonomie und Ökologie gleichgewichtig; Aufgabe unserer praktischen Politik ist es, jene Schritte herauszufinden, die zum Gleichgewicht zwischen beiden hinführen. Dabei gilt: Vorbeugen ist besser als heilen.

Vor mehr als zwei Jahrzehnten haben Sozialdemokraten mit Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 1961 gefordert: «Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden.» Das war der Anfang der Umweltschutzpolitik in der BRD.

In den letzten 13 Jahren hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gegen massiven Widerstand die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu einem Kernstück ihrer Politik der inneren Reformen gemacht. Wir haben wichtige Gesetze durchgesetzt. Mit dem Benzin-Blei-Gesetz (1971) ist es gelungen, den Bleigehalt in der Luft in den Grossstädten um 65% zu verringern. Mit dem Bundesimmissionsgesetz (1970) ist es gelungen, die Staub- und Russbelastung um über 50% zu verringern. Mit dem Abfallbeseitigungsgesetz (1975) ist es gelungen, die Zahl der Mülldeponien drastisch zu verringern. Mit dem Abwasserabgabegesetz (1976) haben wir dafür gesorgt, dass der Anteil der Abwasser, der vollbiologisch gereinigt wird, um 35% auf 65% erhöht wurde. Das sind erkennbare Einzelerfolge. Auch im institutionellen Bereich gab es Fortschritte: die Einrichtung des Sachverständigenrates für Umweltschutz, die Errichtung des Umweltbundesamtes und die Schaffung der Umweltministerkonferenz von Bund und Ländern.

Wir können jedoch bei dem Erreichten nicht stehenbleiben, denn die fortdauernde Belastung der Luft, der Flüsse und Seen, des Grundwassers und des Bodens gefährden die menschliche Gesundheit; sie bedrohen den Bestand unserer Wälder; zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind bereits ausgerottet. Die sozialliberale Regierungskoalition hat deshalb am 1. September 1981 die Eckwerte für ein ökologisches Schwerpunktprogramm beschlossen. Die von der CDU/CSU geführte Rechtsregierung will auch auf diesem Gebiet die Wende. Der Umweltschutz wird zur Nebensache.

Um unsere Vorstellungen zum Umwelt- und Naturschutz gegen Widerstände durchsetzen zu können, brauchen wir eine breite politische Zustimmung und Unterstützung. Das kann nur gelingen mit einer grossen politischen Kraft, die gleichzeitig die Interessen der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit repräsentiert.

Ohne das Bündnis aus Sozialdemokraten und Gewerkschaften ist ein solcher Prozess nicht denkbar. Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele sind für Sozialdemokraten gleichrangig.

Es gibt auch keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz. Aber es gibt Konflikte. Sehr häufig lässt sich je-

doch zeigen, dass ökologisch schädliche Arbeitsplätze nur deswegen betriebswirtschaftlich vorteilhaft sind, weil die negativen Auswirkungen — beispielsweise Krankheit oder vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben — nicht vom einzelnen Unternehmen zu tragen sind. Hier gibt es so etwas wie eine Sozialisierung der Schäden, bei einer Privatisierung der Vorteile einer industriellen Produktion. Sozialisierung der Schäden kann beispielsweise bedeuten: Abwälzung der Lasten auf die Solidargemeinschaft der Kranken- und Rentenversicherung oder etwa die Sanierung einer schädlichen Entwicklung durch öffentliche Finanzhilfen. In allen diesen Fällen wird eine bestimmte Produktion also nicht mit den echten Kosten belastet; die Kosten sind aber vorhanden, sie müssen von der Volkswirtschaft getragen werden. Insofern ist eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtung des Problems oft irreführend.

Im übrigen schaffen Umweltinvestitionen oft direkt neue Arbeitsplätze: beispielsweise bei Kläranlagen für Gemeinden, bei Filteranlagen für die Kraftwerke, beim Aufbau von Rohstoffkreisläufen in der Industrie oder beim Bau von umweltfreundlichen Heizsystemen für Privathaushalte. Und mit unserem Beschäftigungsprogramm dienen wir auch dem Umweltschutz, etwa bei der Verbesserung der Wohnumwelt, durch den Ausbau der Fernwärme und der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (öffentlicher Personennahverkehr, Verkehrsberuhigung, Radwege).

Es lässt sich immer weniger bestreiten: Nur ökologisch vernünftige Arbeitsplätze sind auch wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze. In den letzten 10 Jahren sind in unserem Land für Umweltschutz rund 120 Milliarden Mark aufgewendet worden. Man schätzt die Zahl der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen auf etwa 1100 mit insgesamt 450 000 Beschäftigten. In aller Regel sind das hochqualifizierte und zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Der Umsatz dieser «Öko-Industrie» in der Bundesrepublik wird für 1982 auf rund 28 Milliarden Mark geschätzt; der Exportanteil liegt bei über 8 Milliarden Mark.

Nicht alle praktischen Lösungen in der Umweltpolitik werden sofort durchsetzbar sein. Auch innerhalb der SPD gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Stellenwert der Umweltpolitik. Deswegen ist der Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen so wichtig: den Gewerkschaften, den Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Industrie und auch mit den Kirchen. Es geht darum, die vorhandene soziale Stabilität zu sichern und in Einklang zu bringen mit den ökologischen Notwendigkeiten. Es lässt sich zeigen, dass mehr Umweltschutz für die arbeitenden Menschen den grössten Gewinn bringt, weil sie von Lärm, Gestank und Abgasen meist stärker betroffen sind. Dieser Zusammenhang hat sich aber noch nicht überall herumgesprochen. Deswegen muss unser Werben um Vertrauen in eine ökologisch verantwortliche Politik vor allem bei den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften ansetzen. Sie sind die wichtigste politische Basis für eine auf Veränderung drängende Umweltpolitik.

Der Versuch, Umweltziele nur von der politischen Basis, einzelnen Gruppen oder Bürgerinitiativen anzugehen, kann nicht eine grundlegende Änderung der heute vorhandenen Dynamik des Produzierens und Konsumierens erreichen; dieser Versuch reicht allenfalls zur Verhinderung einzelner Projekte. Von Fall zu Fall können solche Initiativen durchaus Bündnispartner sein. Wenn andere glauben, zur Lösung der Umweltprobleme müsse das Prinzip demokratischer Meinungsbildung partiell aufgegeben werden, weil man über die Fragen des Überlebens der Menschheit nicht abstimmen könne, so ist damit das Feld der Gemeinsamkeit mit Sozialdemokraten verlassen. Mehr noch: sie müssen mit unserem entschlossenen Widerstand rechnen.

Wir Sozialdemokraten wollen auch in der Umweltpolitik eine Partei der Hoffnung sein. Keiner blinden und naiven Hoffnung. Wohl aber einer realistischen Zuversicht, die von wirklichkeitsnahen Orientierungspunkten ausgeht. Solche Orientierungspunkte müssen in allen Politikbereichen erarbeitet werden. Nur ein schrittweises Vorgehen hilft weiter. Grundsatzbekenntnisse gibt es im Überfluss. Besserwisserei und Indoktrination ist nicht unsere Sache, wohl aber Richtungsangabe und Wegweisung. Wenn es schon keine Wege aus der Gefahr gibt, so suchen wir doch jene Wege in der Gefahr, die uns dem Ziel näherbringen. Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Ökonomie und Ökologie — das gilt für die Massnahmen in unserem eigenen Land. Sie müssen eingebettet sein in ein Netz von internationalen Absprachen und Verträgen.